

Energiepreise bedrohen Standort

5 Maßnahmen, die jetzt helfen



MINT-REGIONEN
Initiative gegen Fachkräftemangel
in Technik und F&E

Seite 4



SALZBURG SUMMIT 2022
30 internationale Speaker
zum Thema Challenges

Seite 5



OBERÖSTERREICH
Auswirkungen auf die
OÖ Industrie

Seite 11

AKTUELLES IN KÜRZE



Rumänischer Umweltminister zu Besuch am Schwarzenbergplatz

Eine Delegation unter Leitung des rumänischen Umweltministers Bar-na Tănczos besuchte kürzlich die Industriellenvereinigung. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sowie konkrete IV-Mitgliederanliegen. Derzeit sind 1.500 österreichische Unternehmen in Rumänien aktiv, österreichische Investitionen sichern rund 58.600 Jobs. Das Land ist ein Schlüsselmarkt für die österreichische Industrie. Die größten Investoren sind OMV und Erste Bank.

Sorge um Wettbewerbsfähigkeit

IV-Präsident Georg Knill unterstrich beim Treffen das Bekenntnis der österreichischen Industrie zu den internationalen Klimazielen. Angesichts der Energiepreis-Entwicklung stelle sich aber die Frage, wie man Klimaziele erreichen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit sichern könne. Die rumänische Regierung möge die gemeinsamen Bedenken, wie man unter diesen Bedingungen Wachstum und Arbeitsplätze in Europa sichern könne, in den europäischen

Meinungsbildungsprozess einbringen. Knill: "Die verstärkte Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Staaten in zentralen Fragen der Wettbewerbsfähigkeit liegt im Interesse Rumäniens und Österreichs. Forschung und Entwicklung, Energieversorgungssicherheit, Handelspartnerschaften der Zukunft stehen dabei im Vordergrund.

Alternative Exportrouten für die Ukraine

Minister Tănczos erläuterte in der Industriellenvereinigung neben den Prioritäten und Vorhaben der rumänischen Regierung auch die Konsequenzen der Ukraine-Krise für sein Land. Rumänien hat - nach Polen - mit 940.000 Personen die zweithöchste Zahl an Flüchtlingen aufgenommen und ukrainischen Exporteuren landwirtschaftlicher Produkte mit dem Hafen Constanta alternative Routen eröffnet. Auch die EU-Erweiterung war Thema: Österreich und Rumänien unterstützen beide die Integration der Westbalkan-Staaten und plädieren insbesondere für eine Beitrittsperspektive für Albanien und Nordmazedonien.

IV unter den besten Arbeitgebern Österreichs

Die Industriellenvereinigung gehört zu den besten Arbeitgebern Österreichs. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie von „Leading Employers“, für die jährlich die Top 1% der heimischen Arbeitgeber ermittelt werden. Dafür analysiert das Institut mehr als 40.000 Unternehmen. In die Metastudie fließen insgesamt rund 700.000 Daten zu Themen wie HR-Expertise, Mitarbeiterzufriedenheit, Talentkommunikation und Gesundheit ein. Die Studie wird seit 2017 durchgeführt und ist eigenen Angaben zufolge die umfangreichste

ihrer Art. "Hinter der IV steht ein starkes Team, das gemeinsam daran arbeitet, die Rahmenbedingungen für die Unternehmen dieses Landes zu verbessern und den Standort insgesamt zu stärken. Als Arbeitgeber ist es uns ein besonderes Anliegen, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern und ein Umfeld zu schaffen, in dem Höchstleistungen erbracht werden können", sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. "Wir freuen uns, dass der Award von 'Leading Employers' diesen Einsatz auch nach außen hin sichtbar macht."



Die IV freut sich über den Leading Employers Award. V.l.n.r.: Andreas Prenner, Monika Schuh, Christoph Neumayer

GASTKOMMENTAR

Das große Energieproblem

Die Treffsicherheit bei den Hilfen für die Industrie ist zentral – nicht zuletzt wegen des belasteten öffentlichen Budgets durch die Coronakrise.

Volatile Strom- und Gaspreise bereiten einigen europäischen Unternehmen Schwierigkeiten. Sie führen dazu, dass an den Börsen mehr Sicherheiten hinterlegt werden müssen, die schnell in Milliardenhöhen schießen können. An sich sind solche Termingeschäfte eine übliche Form der Absicherung der künftigen Versorgung und keine „Spekulationsgeschäfte“; dennoch mangelnde Liquidität wird gerade zum großen Thema. Das aber ist immer noch nicht das größte Problem.

Durch die hohen Gaspreise, ausgefallene Atomkraftwerke in Frankreich und Dürre in Österreich werden gerade an den Strombörsen horrenden Summen für Strom verlangt. Das Problem betrifft - wie ersichtlich - die Stromversorger, aber genauso die Industrie. Auch jene Unternehmen, die Absicherungen getroffen haben, müssen diese bald erneuern – deren Kosten werden schlagartig steigen. Darüber hinaus, in einem Fall der direkten Geschäfte der Unternehmen mit dem Versorger, sollte der Letztere zahlungsunfähig werden, verfallen möglicherweise

die Hedges – ein gravierendes Problem für die betroffenen Industriekunden.

„Es ist wichtig, dass Liquidität bereitgestellt wird, um künftige Ausfälle der Versorger zu vermeiden.“

Es ist wichtig, dass Liquidität bereitgestellt wird, um künftige Ausfälle der Versorger zu vermeiden und Liquiditätsprobleme nicht in reale Verluste umzuwandeln. Es gilt hier eine Differenzierung vorzunehmen, denn aufgrund der Heterogenität der Produktionsquellen und unterschiedlichen Anteile der Eigenproduktion, ist die jeweilige finanzielle Situation der Stromunternehmen

unterschiedlich. Keinesfalls sollten SteuerzahlerInnen jene Unternehmen unterstützen, die keine Probleme haben, ebenso wenig wie Übergewinne eines Unternehmens nicht zur Rettung anderer Unternehmen genutzt werden. Das wäre für den Wettbewerb und die Anreize zum weiteren Ausbau erneuerbarer Energiequellen fatal.

Es ist auch wichtig, dass die möglichen Hilfen für die Industrie rasch ausgearbeitet werden, um weitere Anstiege der Produktionskosten abzufedern. Gleichzeitig muss aber darauf geachtet werden, dass auch hier Anreize zur Risikomitigierung bei der Strom- und Gasbeschaffung gegeben sind. Es soll eine Situation vermieden werden, wo Unternehmen, die sich schlechter abgesichert haben, bevorzugt werden. Gutes Risikomanagement muss auch künftig eine der wichtigsten Aufgaben des Managements sein und nicht durch öffentliche Hilfe an die Steuerzahler ausgelagert werden.

Die Treffsicherheit der öffentlichen Hilfen ist zentral. Nicht zuletzt wegen des belasteten öffentlichen Budgets durch die

Coronakrise, die fiskalischen Kapazitäten an ihre Grenzen gebracht haben. In Zeiten hoher Inflation und steigender Zinsen, die eine öffentliche Finanzierung erschweren, ist ein effizienter Umgang mit Steuergeld doppelt wichtig.



Monika Köppl-Turyna

Ruder jetzt herumreißen!

Die Explosion der Energiekosten ist für viele Unternehmen existenzbedrohend und schwächt den Wirtschaftsstandort massiv. Die Politik muss jetzt rasch und entschieden handeln.

Die Lage ist mittlerweile dramatisch: Die Preis- und möglichen Versorgungsprobleme bei Strom und Gas zwingen die ersten Unternehmen, eine Drosselung der Produktion und Kurzarbeit vorzubereiten. Die Energiekosten sind explodiert – der Gaspreis hat sich gegenüber dem Vorjahr verzehnfacht, der Strompreis versechsfacht. Unternehmen zahlen in Europa ein Vielfaches des Gaspreises in den USA. Energieintensive Unternehmen in Österreich investieren seit Jahren in den Umstieg auf alternative Energiequellen – für die Erzeugung von Prozesswärme für Industrien wie Stahl, Papier oder Chemie ist Gas jedoch derzeit nach wie vor nur schwer und oft nur mit großem Aufwand substituierbar.

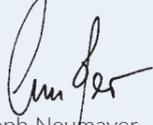
Die aktuelle Preisexplosion ist nicht nur existenzbedrohend für Unternehmen. Sie gefährdet Arbeitsplätze und schwächt Österreich und Europa als Wirtschaftsstandort. Viele Unternehmen werden derzeit zweimal darüber nachdenken, hier zu investieren – kaum wo sind die Energiekosten derzeit höher als in Europa. Zumal das Problem ist aufgrund langfristiger Verträge in seiner vollen Breite angekommen ist: Eine Verlängerung dieser Verträge, von denen viele mit Jahresende oder im ersten Quartal des nächsten Jahres auslaufen, zu günstigen Konditionen ist unwahrscheinlich. Das steigert die Abhängigkeit von den Preisen an den Spotmärkten.

Schuld an dieser Entwicklung sind neben den kriegsbedingten Unsicherheiten im

Wesentlichen zwei Punkte: Einerseits die europäische Strompreisfindung, durch die der Strompreis an den Gaspreis gekoppelt ist. Und andererseits der unkoordinierte Einkauf von Gas aus alternativen Quellen einzelner EU-Länder – Stichwort Flüssiggas aus den USA – der den Preis auch dort zusätzlich in die Höhe treibt.

Die gute Nachricht: Es ist noch nicht ganz zu spät, zu handeln. Was es braucht, ist der starke politische Willen, die Situation mit gezielten Maßnahmen in den Griff zu bekommen – und zwar europaweit. Ein gemeinsamer Gaseinkauf und eine temporäre Umgestaltung des Merit-Order-Systems zur Strompreisfindung sind das Gebot der Stunde. Und kurzfristig braucht die Industrie in Österreich Hilfsinstrumente zur Überbrückung der aktuellen Krise. Dazu hat die IV einen Notfallkoffer mit Werkzeugen vorgelegt, die unter anderem eine Erhöhung des Energiekostenzuschusses auf 2,5 Milliarden Euro vorsieht (siehe Coverstory).

Gleichzeitig brauchen wir umso dringender schnelle Verfahren für den Ausbau von Wasser-, Wind- und Solarenergie und eine Energiepolitik, die nicht ausgerechnet jetzt konventionelle Kraftwerke abschaltet, bevor diese Alternativen ausreichend zur Verfügung stehen. Die Zeit drängt.

Ihr

 Christoph Neumayer,
 IV-Generalsekretär

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 1. September 2022 war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie finden Sie unter www.iv.at.



INDUSTRIENVEREINIGUNG

HERBERT KREJCI...

...wäre am 13. September 100 Jahre geworden. Er prägte die Industriellenvereinigung als langjähriger Mitarbeiter und Generalsekretär maßgeblich: Er begann in der Pressestelle, übernahm 1961 die Chefredaktion der Wochenzeitschrift „Industrie“ und fungierte ab 1980 zwölf Jahre lang als IV-Generalsekretär. Aus dieser Funktion schied er überzeugt Europäer mit seiner Pensionierung 1992 aus. Herbert Krejci war überzeugter Anhänger einer sozialen Marktwirtschaft und kritischer Bürgerlich-Liberaler, der sich nicht nach gängigen Kriterien einordnen oder vereinnahmen ließ. Er ist stets für Toleranz, Verantwortung, Demokratie und Menschenrechte eingetreten und hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die IV nicht nur industrielle Anliegen vertritt, sondern politische Rahmenbedingungen prägt und gesellschaftspolitische Verantwortung in den Fokus ihres Handelns rückt. So hatte Krejci maßgeblichen Anteil daran, dass sich die IV zu einer starken und gestaltenden Organisation im Land entwickelte.



AKTUELLES IN KÜRZE

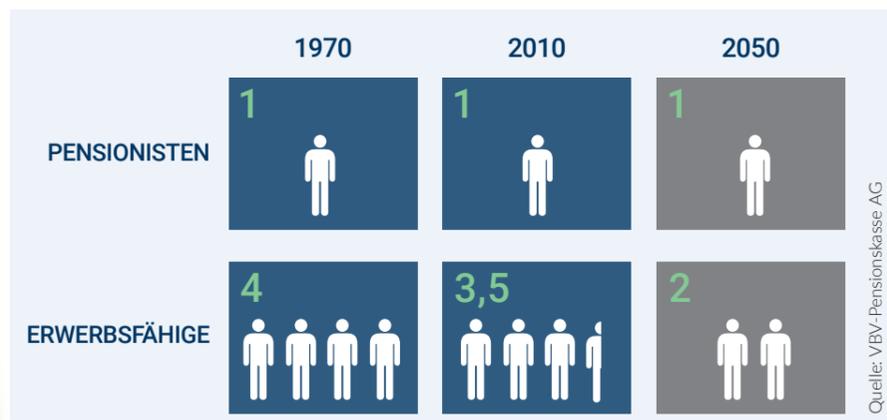
POSTING DES MONATS



GRAFIK DES MONATS

Unser Pensionssystem braucht dringende Reformschritte: Einem Bericht der Alterssicherungskommission zufolge steigen die öffentlichen Ausgaben für Pensionen von aktuell rund 24,2 Milliarden Euro bis 2026 auf rund 31 Milliarden Euro massiv an. Gleichzeitig ist das faktische Pensionsantrittsalter in Österreich nach wie vor vergleichsweise gering und bewegt sich auf Werten ähnlich Anfang der 1970er Jahre. Österreich liegt damit deutlich unter dem

OECD-Schnitt und hinter Ländern wie Deutschland, der Schweiz oder Schweden. Das Pensionssystem ist also bereits heute in einer Schieflage. Was es braucht, sind Schritte, die das Pensionssystem zukunftsfähig machen, insbesondere ein Schließen der Frühpensionsschlupflöcher, ein Abbilden der steigenden Lebenserwartung und eine wirksame Reintegration von Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen in den Arbeitsmarkt.



ZAHL DES MONATS

6,5

Jeder 6. Bis 7. MINT-Job kann nicht besetzt werden. Der Fach- und Arbeitskräftemangel zieht sich durch nahezu alle Branchen – im MINT-Bereich ist es besonders fordernd, Fachkräfte zu rekrutieren. Es gibt zahlreiche Initiativen, die die Situation ändern wollen – um diese zu bündeln und stärker vor den Vorhang zu holen, präsentieren Bildungsminister Polaschek und Generalsekretär Neumayer die MINT-Regionen. Die Einrichtung deklarierter MINT-Regionen ist eine langjährige IV-Forderung und wird nun umgesetzt. Unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung und in Kooperation mit IV, OeAD, MINTality Stiftung und aws sollen regionale Netzwerke aus Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Unternehmen und weiteren Playern (wie der kommunalen Verwaltung) aufgebaut werden. Ziel der Initiative ist die Steigerung des Einflusses von MINT-Einzelaktivitäten in den Regionen und der Aufbau eines MINT-Angebots entlang der gesamten Bildungskette.

Konjunkturumfrage zeichnet zwiegespaltenes Bild

Durch überlappende Krisen und wirtschaftlichen Verwerfung wird Aufschwung nach Covid gebremst und die Aussichten Richtung Herbst trüben sich.

Die Lücke zwischen der positiven Geschäftslage und einer negativen Geschäftserwartungen klappte selten zuvor so drastisch auseinander – vor allem aber nicht über einen so langen Zeitraum, zu dieser Erkenntnis kam der Konjunkturbarometer für das zweite Quartal. Im Rahmen der Umfrage wurden insgesamt 408 Unternehmen befragt, die insgesamt 301.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen.

Diese ungewöhnliche Situation ergibt sich auf einem außerordentlich hohen Auftragsbestand einerseits, der sich infolge von Lieferkettenunterbrechungen und Fachkräfteknappheit aufgestaut hat, stellt sich die aktuelle Konjunkturlage unter den besonderen Bedingungen der Post-COVID-Erholung weitaus besser dar als unter normalen Voraussetzungen. Und aus wirtschaftlichen Verwerfungen aus der gegenwärtigen Koinzidenz mehrerer Krisen (Pandemie, Krieg in der Ukraine, Inflation) andererseits. Diese wiegen zu schwer, als dass gute Auftragsbestände allein einen hinreichend langen Konjunkturatem für das Durchtauchen dieser Phase verleihen würden. Die Kumulation der Krisen wird die

österreichische Wirtschaft treffen, aufgrund ihrer internationalen Exponierung besonders die österreichische Industrie.

Zusätzlich zu den aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen kommt, dass die konjunkturellen Risiken derzeit asymmetrisch verteilt sind. Das bedeutet, dass einerseits die Notenbanken beginnen sich einzugestehen, dass mit einer mehrjährigen Phase der Verfehlung des Geldwertstabilitätszieles zu rechnen ist, folglich wird auch die private Konsumnachfrage weiter unter Druck geraten. Und andererseits lässt sich eine Gas-mangellage in den kommenden Monaten und Quartalen nicht ausschließen, sodass neben der Preiskomponente der Energienutzung auch eine bloße Verfügbarkeitskomponente treten könnte, die ihrerseits Rückwirkungen nicht nur auf die Inflationsrate, sondern auch auf die Beschäftigungslage insbesondere in der Industrie hätte. Doch selbst wenn dieses Negativ-Szenario nicht einträte, stellt sich die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandortes Österreich, sollten die Energiekosten für längere Zeit bei einem Mehrfachen der nordamerikanischen und asiatischen Niveaus verharren.

KONJUNKTURBAROMETER



Das IV-Konjunkturbarometer erreichte 2021 den höchsten Wert seit drei Jahren. Seit dem ersten Halbjahr 2022 erleben wir einen Abwärtstrend.

Zukunft braucht Technologie und die besten Köpfe

Forschung, Technologie und Innovation sind Wachstumsmotoren und stärken die Wettbewerbsfähigkeit und Krisenfestigkeit von Unternehmen. Dafür braucht es nicht nur die richtigen Technologien, sondern auch qualifizierte Fachkräfte.

Forschung und innovative Technologien sind der Garant für einen starken Wirtschaftsstandort Österreich. Ihre Bedeutung für die Industrie und ihre Auswirkungen auf Wohlstand und Fortschritt standen im Zentrum des Auftakts der Technologiesgespräche des Forums Alpbach (siehe Kasten unten).

„Unternehmen mit hohem Digitalisierungsgrad sind produktiver, können höhere Umsatzsteigerungen erzielen und ziehen mehr Talente an. Zudem – und das zeigt sich insbesondere in Krisenzeiten – verfügen

Technologie-Frontrunner über eine höhere Resilienz gegenüber Nachzüglern“, bilanziert IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Digitalisierung birgt laut Studien ein Potential von jährlich knapp 20.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen sowie von bis zu 3,6 Mrd. Euro an zusätzlichem BIP-Wachstum pro Jahr.

Bildungsinitiative „MINT-Regionen“ startet

Gerade im hochqualifizierten MINT-Bereich spüren Unternehmen allerdings den anhaltenden Fachkräftemangel. Drei von vier Industrieunternehmen leiden seit Jahren unter Personalengpässen in IT, Technik,

Produktion und F&E – und das in Krisenzeiten. In Summe konnte zuletzt jeder sechste bis siebente hochqualifizierte MINT-Job nicht besetzt werden. Knapp 50.000 offene Stellen sind im produzierenden Bereich ausgeschrieben, viele davon im MINT-Bereich, was einer Vervielfachung innerhalb von zehn Jahren entspricht.

„In Österreich ist mehr strategische Koordination bei MINT-Aktivitäten nötig“, so IV-Präsident Georg Knill. Das unter Federführung des Bildungsressorts in Kooperation mit der Industriellenvereinigung, der MINTality-Stiftung, dem OeAD und der aws gestartete Leuchtturmprojekt „MINT-Regionen“ soll deshalb österreichweit eine Vernetzung der Akteure bewirken und den Impact der Einzelinitiativen im „Land der 1000 MINT-Initiativen“ erhöhen. Die Vision der Industrie

ist ein durchgängiges MINT-Angebot entlang der gesamten Bildungskette – ähnlich einem „roten Faden“, durch den jedes Kind kontinuierlich mit MINT in Kontakt kommt, in Kindergarten, Schule, Forschungseinrichtungen, Hochschulen, Unternehmen oder bei privaten Initiativen.

20 Prozent mehr MINT-Graduierte

Ein Fokus der IV-Aktivitäten liegt auf Mädchen und Frauen: Die neue MINTality-Stiftung der Industrie-Familie soll die Kräfte bündeln und mehr Mädchen für MINT begeistern. IV-Präsident Knill: „In Wahrheit steht MINT für ein Lebensgefühl. Für Neugier, Freude, Kreativität, eine dem Leben zugewandte, positive Grundhaltung. Wer im Innovationsbereich arbeitet, trägt die Hoffnung in sich, die Menschheit weiterzubringen.“

MINT-Fakten auf einen Blick

- In Österreich arbeiten derzeit über 330.000 hoch qualifizierte Personen (Matura/Hochschule) in MINT-Berufen, davon 40% allein im produzierenden Bereich.
- Im F&E-Bereich sind derzeit 144.000 Personen in Österreich aktiv, was einer Steigerung von 49% in zehn Jahren entspricht.
- Bis 2030 werden in der EU zwei Mio. zusätzliche MINT-Jobs für hoch Qualifizierte prognostiziert.

In Österreich werden im MINT-Kernbereich (Physiker, Chemiker, Ingenieure, Softwareentwicklung etc.) 55.000 zusätzliche hochqualifizierte MINT-Jobs sowie 29.000 im IKT-Bereich bis 2025 erwartet.

- Der Frauenanteil bei Graduierten in Informatik liegt bei 16 Prozent, im Maschinenbau bei fünf Prozent. Aktuell sind weniger als ein Viertel der hoch qualifizierten MINT-Jobs von Frauen besetzt.



Salzburg Summit 2022 unter dem Motto „Challenges“

Mehr als 30 internationale Speaker aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik tauschten sich beim Salzburg Summit an zwei Konferenztagen rund um brisante Themen der Gegenwart und Herausforderungen der Zukunft aus. Gesucht und gefunden wurden strategische Antworten auf die brennenden Fragen der Zeit.

Die Ursprungsidee des Salzburg Summit, der 2019 erstmals über die Bühne ging, war es, die Spitzen der europäischen und heimischen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft einzuladen, um gemeinsam die großen Ideen und Visionen für Österreich und Europa zu diskutieren. „Dieser Gedanke leitet uns auch heute noch. Es geht uns um Denkanstöße und Lösungsansätze. Die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger unserer Zeit sind gefordert, die richtigen strategischen Antworten auf Herausforderungen zu geben, wie wir sie in dieser Form seit Jahrzehnten nicht hatten“, sagte Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung, bei seiner Eröffnungsrede zum Summit 2022.

Treffen von Old und New Economy

Das diesjährige Motto „Challenges“ zog sich durch zwei Konferenztage, an denen zahlreiche renommierte Redner aus Traditionsbetrieben und Start-ups, Wissenschaft und Politik in einem Mix aus Diskussionsrunden,

Impulsvorträgen und Interviews zentrale Herausforderungen der Jetztzeit beleuchteten und Zukunftsvisionen diskutierten. Im Zentrum der Veranstaltung standen vor allem akute Problematiken, wie der Krieg in der Ukraine und die Energieversorgungssicherheit, aber auch künftige Leitthemen der Gesellschaft, wie die grüne und digitalen Transformation.

Unter anderem gaben Johannes Hahn (EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung), Karoline Edtstadler (Bundesministerin für EU und Verfassung), Wolfgang Ischinger (Ex-Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz) und Karl-Theodor zu Guttenberg (Chairman von Spitzberg Partners LLC) Einblicke in die aktuellen geopolitischen Dynamiken in Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg und besprachen die Folgen für die Rolle Europas. Nikolaus von Bomhard (Aufsichtsratsvorsitzender Münchener Rück & Deutsche Post DHL Gruppe) und Andrea Orzel (CEO UniCredit) richteten im Anschluss ihr Augenmerk auf die makroökonomischen

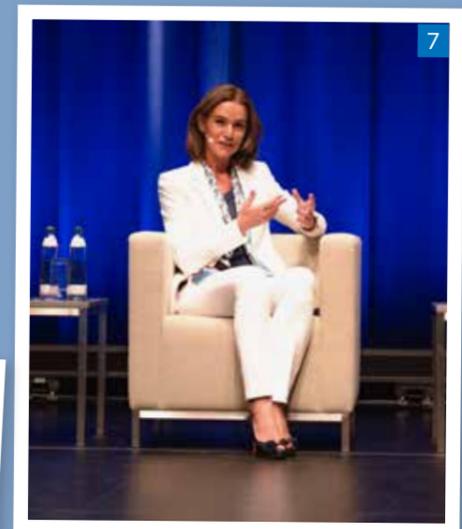
Herausforderungen für Europa. Den ersten Tag rundete eine Diskussion zur Bedeutung des grünen Wasserstoffes als Gamechanger für die europäische Energiewirtschaft ab. Dazu diskutierten Stefan Kaufmann, Innovationsbeauftragter „Grüner Wasserstoff“ der Deutschen Bundesregierung, und Michael Strugl, CEO der Verbund AG.

Am zweiten Tag der Konferenz referierte Sabine Herlitschka (CEO Infineon Austria) über die Bedeutung der Chip- und Halbleiterversorgung, Europas Chip-Act und die Investition in eine österreichische Chipfabrik, die sich auch als Beitrag zur Umsetzung der Pariser Klimaziele versteht. „Europa befindet sich in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Hinsicht in einem globalen Wettbewerb. Bei den inhaltlichen Schwerpunkten – Stichworte: Chipdesign, Software, Produktion und die Stärkung der europäischen Abnehmermärkte – muss die gesamte Innovationskette umfasst sein. Europas Industrie ist dann erfolgreich, wenn sie auf Innovation, Forschung

und Technologie setzt. Dazu braucht es auch die nötigen Fachkräfte“, betonte die Vizepräsidentin der IV Österreich. Die Zukunft des Pharmastandorts Europa diskutierte Bundesminister Martin Kocher mit Sabrina Kistic (Managing Director und Partnerin Boston Consulting Group, BCG) und Nathalie Moll (Generaldirektorin European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations, EFPIA). Den Abschluss des Summits bildete schließlich ein Digitalisierungsschwerpunkt, unter anderem mit Staatssekretär Florian Tursky, Masmovil-CEO Meinhard Sprenger und GoStudent Co-Founder Felix Ohswald.

Inspirationen & Impulse

IV-Präsident Knill meinte abschließend: „Wir haben spannende Gespräche und inspirierende Diskussionen rund um neue Ideen, etablierte Konzepte und Visionen für die Zukunft erlebt. Ich bin mir sicher, dass alle, die beim Salzburg Summit zu Gast waren, wichtige Denkanstöße mit auf die Reise nehmen konnten.“



1. Landeshauptmann Wilfried Haslauer, Festspiel-Präsidentin Kristina Hammer und IV-Präsident Georg Knill
2. Magenta-CEO Andreas Bierwirth mit Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz
3. EU-Kommissar Johannes Hahn
4. EU-Ministerin Karoline Edtstadler
5. Unternehmensberater Karl-Theodor zu Guttenberg

6. IV-Positionen Chefredakteurin Sara Grasel, IV-Vizepräsidentin & CEO Infineon Austria Sabine Herlitschka
7. Vertriebs-Vorständin Audi AG Hildegard Wortmann
8. Wirtschafts- und Arbeitsminister Martin Kocher
9. Founder GoStudent Felix Ohswald, Chefredakteur brutkasten Dejan Jovicic

Energiepreise bedrohen Standort: 5 Maßnahmen, die jetzt helfen

Die Energiepreise haben sich innerhalb eines Jahres vervielfacht; 2023 könnte die Situation für viele Unternehmen noch dramatischer werden. Die IV schlägt fünf ganz konkrete Maßnahmen vor, die ein schnelles Gegensteuern ermöglichen.

Die hohen Energiepreise bedrohen Produktion und Arbeitsplätze in Österreich. „Die Situation ist mehr als dramatisch“, richtet IV-Präsident Georg Knill seinen Appell an die Politik. „Vielen Unternehmen steht das Wasser bis zum Hals.“ Um ein rasches Handeln zu unterstützen, legt die Industriellenvereinigung einen Werkzeugkoffer mit fünf konkreten Maßnahmen vor: die Ausweitung vorhandener Hilfsinstrumente, eine Liquiditätsstärkung für Unternehmen, eine Vorbereitung der Verwaltung auf Kurzarbeit, die Reform des europäischen Strommarkts und ein gemeinsamer europäischer Energieeinkauf.

Binnen eines Jahres hat sich der Gaspreis verzehnfacht und der Strompreis sechsfacht. Kommendes Jahr wird es für viele weitere Unternehmen eng, die langfristige Verträge abgeschlossen haben. Etliche davon laufen mit Ende des Jahres aus. „Beispielsweise steht ein mittelgroßes Industrieunternehmen mit Energiekosten von rund einer Million Euro pro Jahr nun vor der Herausforderung, im kommenden Jahr zwölf Millionen Euro für die benötigte Energie zu stemmen – das geht sich einfach nicht mehr aus“, so Knill. Dutzende Unternehmen stehen schon jetzt vor diesem Dilemma. Die Lage werde auch kurzfristig bereits spürbare Effekte haben: „Es drohen Produktionsdrosselungen und Arbeitslosigkeit in Österreich, sofern nicht konsequent und schnell gegengesteuert wird“.

Erhöhung und Verlängerung des Energiekostenzuschusses

In einem ersten Schritt schlägt die IV eine Erhöhung des Energiekostenzuschusses auf 2,5 Mrd. Euro samt Verlängerung ins

nächste Jahr vor. Bisher gilt der direkte Zuschuss nur bis Jahresende für jene Unternehmen, bei denen die Energiebeschaffungskosten mindestens drei Prozent des Produktionswertes betragen oder bei denen die nationale Energiesteuer mehr 0,5 % des Nettoproduktionswertes beträgt. Die Regierung sieht dafür bisher 450 Mio. Euro vor. „Als Akuthilfe braucht es eine Überarbeitung der bestehenden Hilfsmittel wie des Energiekostenzuschusses und der Strompreiskompensation. Ersterer sollte, äquivalent zu den gestiegenen Energiekosten, ein Volumen von mindestens 2,5 Mrd. Euro umfassen und bis zum nächsten Jahr verlängert werden“, fordert Knill.

„Es drohen Produktionsdrosselungen und Arbeitslosigkeit in Österreich, sofern nicht konsequent und schnell gegengesteuert wird.“

Ein weiteres treffsicheres Hilfsinstrument ist die Strompreiskompensation. Dabei handelt es sich um die von der EU bereits 2013 eingeräumte Möglichkeit, Unternehmen einen Teil der indirekten CO₂-Kosten

zu erstatten. Bereits 14 EU-Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, Tschechien, Frankreich, die Slowakei, Polen, Spanien und Finnland, sowie Norwegen und das Vereinigte Königreich, machen davon Gebrauch. Der Entwurf für die Umsetzung in Österreich liegt vor, muss aber aus Sicht der IV so angepasst werden, dass es nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung innerhalb Europas zulasten der österreichischen Industrie kommt. Dafür ist eine Ausweitung der begünstigten Sektoren und eine Verlängerung der Kompensation bis 2030 wie in Deutschland erforderlich. Erst am 19. August genehmigte die Kommission für Deutschland 27,5 Milliarden Euro an Strompreiskompensation für den Zeitraum 2021 bis 2030. Es gibt keine Gründe, warum ein vergleichbares Instrument in Österreich nicht implementiert werden sollte.

Ergänzend zur Anpassung dieser Hilfsmittel braucht es ein Werkzeug, das Unternehmen kurzfristig bei der Beschaffung und Absicherung der notwendigen Energie unterstützt. Dafür schlägt die IV staatliche Garantien vor – ähnlich wie während der COVID-19-Akutphase. Als steuerliche Maßnahme braucht es zudem die dauerhafte Einführung eines dreijährigen Verlustrücktrags für Unternehmen, um die Liquidität der Betriebe zu stärken.

Erste Unternehmen, wie der Faserhersteller Lenzing AG im Burgenland, denken bereits offen darüber nach, die Produktion zurückzufahren und melden dementsprechend Kurzarbeit an. Noch sind es Einzelfälle, das könnte sich aber rasch ändern, mahnt Knill: „Sollte es aufgrund unbezahlbarer Energiekosten oder einer Energiemangellage zu Produktionsdrosselungen in den Betrieben

kommen, droht eine Kurzarbeitswelle, ähnlich der Coronajahre 2020 und 2021". Die Verwaltung muss jetzt darauf vorbereitet werden, um im Ernstfall bereit zu sein.

Temporäre Anpassung der Strompreisbildung

Eines der Grundprobleme der aktuellen Entwicklungen der Energiepreise liegt in der Strompreisbildung, die auf europäischer Ebene geregelt ist und damit auch nur dort gelöst werden kann. Dass der europäische Strom-

„Die Industrie unterstützt die Bundesregierung ausdrücklich darin, diese Reform auf europäischer Ebene anzustoßen und voranzutreiben.“

Zur Erinnerung: Bei der Merit-Order bestimmt das teuerste Kraftwerk den Preis für Strom. Zuerst wird das günstigste Kraftwerk eingeschaltet, dann das zweitgünstigste, und so weiter, bis der Bedarf gedeckt ist. Das letzte zugeschaltete Kraftwerk ist demnach das teuerste und bestimmt den Preis für alle anderen – derzeit sind das Gaskraftwerke.

„Europäische Herausforderungen, brauchen europäische Antworten. Nationale Alleingänge im Bereich der Stromversorgung schwächen lediglich einzelne Staaten und dienen der Symptombekämpfung, während die Wurzel des Problems unberührt bleibt. Daher ist das Strommarktdesign dahin gehend zu reformieren und die Merit-Order weiterzuentwickeln. Die Industrie unterstützt die Bundesregierung ausdrücklich darin, diese Reform auf europäischer Ebene anzustoßen und voranzutreiben“, so Knill. „Klar ist jedoch auch, dass es Entlastungen für die heimischen Unternehmen brauchen wird, bis eine europäische Lösung gefunden wird. Bleibt die Situation unverändert oder spitzt sie sich weiter zu, drohen Produktionsdrosselungen und Arbeitslosigkeit“.

Ein weiterer Punkt, der bisher verabsäumt wurde, ist der gemeinsame strategische Gaseinkauf in der EU. „Damit können große Gas-Volumina über lange Zeiträume kontrahiert werden, die es ermöglichen, internationale Gasprojekte (wie die Erschließung neuer Gasfelder oder den Bau von LNG Terminals) zu realisieren und damit bestehende Mängel an den Gasmärkten zu überwinden“, so Knill abschließend.

markt reformiert werden muss, hat auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bereits angekündigt. Die fragliche Merit-Order, die derzeit die Strompreisbildung bestimmt, stehe dabei allerdings erst mittel- oder langfristig zur Debatte. Aus Sicht der IV ist eine raschere Änderung des Systems als temporäre Maßnahme notwendig. Das Grundprinzip der marktbasierter Strompreisbildung soll nicht verworfen werden.

NOTFALLKOFFER GEGEN HOHE ENERGIEKOSTEN

1. Ausweitung und Verlängerung der bestehenden Hilfsinstrumente

- Energiekostenzuschuss auf 2,5 Mrd. EUR erhöhen
- Strompreiskompensation – ausweiten und verlängern

2. Liquiditätsstärkung für Unternehmen

- Pragmatische Mittel wählen: Es braucht staatliche Überbrückungsgarantien
- Dauerhafte Einführung eines dreijährigen Verlustrücktrags für Unternehmen stärkt Liquidität im Unternehmen

3. „Awareness schaffen“ – Verwaltung auf Kurzarbeit vorbereiten

- Kurzarbeitswelle ähnlich wie in der Covid-19-Pandemie droht – Verwaltung frühzeitig vorbereiten

4. Reform des europäischen Strommarkts

- Weiterentwicklung der Preisbildung entlang der Merit-Order

5. Gemeinsamer europäischer Energieeinkauf

- Versorgungssicherheit durch Einkauf großer Gas-Volumina über lange Zeiträume



Maßnahmen gegen Pädagogenmangel

Das österreichische Bildungssystem leidet unter Personalmangel, in manchen Fächern und einigen Regionen akut. Weit vor Schulstart war offensichtlich, dass das Angebot an offenen Stellen jenes an Bewerbern deutlich übersteigt.

Als Akutmaßnahme werden vielerorts Studierende mittels Sonderverträgen schon früh in den Schulen beschäftigt. Ohne strukturellen Rahmen steigt damit die Gefahr, dass Studierende ihr Studium aufgrund des beruflichen Arbeitspensums nicht abschließen und eine Überführung in das reguläre System nicht möglich ist.

In der Pädagogischen Hochschule NÖ wird daher das bisherige berufsbegleitende Studium in ein den Lehrberuf begleitendes Studienangebot transformiert. Ab dem 7. Semester wird das Studium mit Berufspraxis verbunden. Mit diesem Konzept möchte man Pädagogen ohne Qualitätsverlust schneller an die Schulstandorte bringen.

Eine weitere Sofortmaßnahme ist der Quereinstieg. Die Regeln für den berufsbegleitenden Einstieg in den Lehrerberuf sollen erleichtert werden: Das ist das Ziel einer neuen Dienstrechtsnovelle, die im Juni 2022 vorgestellt wurde. Insbesondere sollen die Eingangsvoraussetzungen vereinfacht und die pädagogische Eignung zukünftig schon vor dem berufsbegleitenden Studienbeginn festgestellt werden. Die erforderliche Berufspraxis im Klassenzimmer wird auf drei Jahre vereinheitlicht und künftig sind keine Vertragsbefristung oder Gehaltsabschläge zu befürchten.

Die Möglichkeit einer halben Lehrverpflichtung ermöglicht es zudem Quereinsteigern



mit einem zweiten Standbein in der Wirtschaft, ihre Erfahrung im Schulkontext einzubringen. Der Quereinstieg dient folglich als qualitative Ergänzung des Lehrpersonals, nicht als Konkurrenz zum Vollzeit-Lehramtsstudium. Besonders eklatant ist der Missstand in der Elementarpädagogik. Auf die geringe Entlohnung und schlechte Arbeitsbedingungen machten Elementarpädagogen im ersten Halbjahr 2022 bei bundesweiten Demonstrationen aufmerksam. Die von der Bundesregierung zugesagte Kindergartenmilliarde soll die Gemeinden

beim Ausbau der Elementarbildungsplätze finanziell unterstützen.

Weitere Maßnahmen sind allerdings notwendig: So braucht es eine Ausbildungsinitiative für Elementarpädagoginnen und -pädagogen, weil zu wenige nach Absolvierung ihrer Ausbildung in den Beruf einsteigen. Daneben ist eine Kampagne wichtig, um auf den gesellschaftlichen Mehrwert der Pädagogen aufmerksam zu machen und das Bild des Lehrberufs in ein neues Licht zu rücken.

EINLADUNG

Dieses facettenreiche und komplexe Thema möchten wir im Rahmen der Bildungsarena am 17. November 2022 ab 17:30 im Impact Hub in Wien weiter diskutieren und Sie schon jetzt dazu einladen.

Anmeldung unter:
team@neustart-schule.at

AKTUELLES IN KÜRZE



IV tritt für Spendenabsetzbarkeit für Bildungsorganisationen ein

Jeder Euro, der in Bildung fließt, ist eine wichtige Investition für den Standort; Bildungsinvestitionen erwirtschaften eine hohe Rendite. Allein jeder in frühe Bildung investierte Euro bringt volkswirtschaftlich gesehen einen mindestens achtfachen Nutzen, Weiterbildungs- und Upskilling-Initiativen helfen gegen den Fachkräftemangel. Die Corona-Pandemie hat zusätzlich einen steigenden Bedarf nach Bildungsinitiativen für Kinder und Jugendliche aus belasteten sozialen Umfeldern, Geflüchtete und der Erwachsenenbildung, ausgelöst, die das staatliche Bildungssystem flankieren. Im vergangenen Jahrzehnt sind zahlreiche private Bildungsinitiativen entstanden, viele Unternehmen und Stiftungen setzen sich mit ihrem Kapital für verbesserte Bildungschancen ein.

Während in 35 OECD Ländern Spenden an Bildungsinstitutionen steuerlich begünstigt werden, sind in Österreich jedoch nur solche Spenden für Bildung steuerlich abzugsfähig,

die für Projekte in Entwicklungsländern oder bei der Erwachsenenbildung an Einrichtungen auf Hochschulniveau gegeben werden. Spendet man aktuell etwa an eine Organisation mit einem Bildungsprojekt in Afrika, ist die Spende steuerlich begünstigt, für ein Projekt in Österreich nicht. Eine Berechnung aus 2019 von ECO Austria zeigt, dass bei einer Gleichstellung von Spenden für Bildung und Berufsausbildung mindestens 30 Mio. Euro pro Jahr mehr für gemeinnützige Projekte im Bereich Bildung mobilisierbar sind.

Die IV tritt daher gemeinsam mit Akteuren wie der B&C Stiftung, der Erste Stiftung, dem Verband für gemeinnütziges Stiften und der Organisation Teach for Austria dafür ein, dass – wie im Regierungsprogramm vereinbart – Spenden an Bildungsorganisationen umfassend steuerlich begünstigt werden, und zwar sowohl für Stiftungen – durch Entfall der KEST bzw. Reduktion der KöSt – als auch für private Spender durch eine Reduktion der Einkommenssteuer.

Sommerschule bringt Mehrwert für Schüler

Schon zum dritten Mal fand diesen Sommer in den beiden letzten Ferienwochen vor dem Schulstart die Sommerschule für Schülerinnen und Schüler in Österreich statt. Die Teilnahme war freiwillig und das Interesse war groß. 2022 nutzten 39.200 Schülerinnen und Schülern das Angebot, schon vor dem Start in das neue Schuljahr Inhalte des letzten Jahres aufzufrischen und zu vertiefen, oder den Übertritt in eine neue Schule oder Hochschule vorzubereiten. Erstmals wurde die Sommerschule 2020 abgehalten, um den Schülerinnen und Schülern eine Möglichkeit zu geben, Lehrinhalte aus dem ersten halben Jahr der Coronakrise nachzuholen. Die jährlich steigenden Anmeldungen sprechen für die Qualität und den Mehrwert, den die Schülerinnen und Schüler aus der Sommerschule generieren. Das Angebot wurde heuer

ausgeweitet und zielt darauf ab, projektbezogen sowie klassen- und schulübergreifend vorzubereiten.

Wie schon 2021 unterstützte die Industriellenvereinigung eine weitere Besonderheit der Sommerschule: Jugendliche ab der fünften Schulstufe konnten auch dieses Jahr wieder freiwillig als Buddys teilnehmen, um jüngere Schülerinnen und Schüler während der zwei Sommerschulwochen persönlich zu begleiten und zu unterstützen. Dabei konnten sie auch erste Einblicke in den Beruf der Pädagoginnen und Pädagogen gewinnen. Als Dank für diese wertvolle Arbeit mit Verantwortung und Vorbildfunktion erhielten die teilnehmenden Buddys von der IV und der WKO (Sparte Buch- und Medienwirtschaft) Büchergutscheine im Wert von 40,- EUR.



1031 DIGITAL THESEN

Österreich ist ein Land der Hidden Champions – das sollten wir auch im digitalen Umfeld anstreben

Österreich und die Industrie sind das Zuhause für viele Hidden Champions

Hidden Champions investieren überdurchschnittlich in Forschung und Entwicklung und erhalten eine hohe Wertschöpfungstiefe. Dies führt zu einer starken Position in Bezug auf Margen & Profitabilität, aber auch zu nachhaltigen Wachstumschancen für Unternehmen, Mitarbeiter und Region.

Als Industriestandort Österreich sollte dies auch im digitalen Zeitalter gelten...

Digitalisierung bedeutet für uns „Gruppe 1031“ viel mehr als Amazon, Alibaba und Google – es geht um die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, von Fertigungstechnologien und Prozessen sowie um die Optimierung von Wertschöpfungsketten und internationale Partnerschaften.

Österreich ist prädestiniert für Hidden Champions

Die Rahmenbedingungen hinsichtlich Größe, Marktzugang, politischer Stabilität und Geografie haben Hidden Champions dabei unterstützt, zu globalen Marktführern aufzusteigen. Auch der Fokus auf eine klar definierte Nische wie F. List GmbH; Globale Partnerschaften zur Absicherung der Position gegen Wettbewerber und Ansiedlung in der Nähe von Bildungsinstitutionen (wie FACC).

Wir sind davon überzeugt, dass wir auch im digitalen Umfeld die perfekten Voraussetzungen für Hidden Champions schaffen können: Mit einem stabilen Umfeld, innova-

tiven und gut ausgebildeten Mitarbeitern, einem Fokus auf F&E sowie Produktentwicklung und der Anbindung an europäische Wertschöpfungsketten.

Erforderlich sind dafür:

- Ressourcen für Produkt-/ Prozessoptimierung – traditionell und digital
- Ausbildung von Fachkräften und Attraktivität der (dezentralen) Standorte (e.g., Campus Hagenberg in OÖ)
- Verbesserung der breiten technischen Ausbildung und der Infrastruktur
- Einfachere Förderung von Innovation und Unternehmensgründungen
- Positionierung Österreich als Testmarkt für Europa (z.B. vereinfachte Regulierung, stabile Rechtslage, EU-Zugang)
- Nachhaltig hohe Lebensqualität als wichtiger Standortfaktor



Generationengerechtigkeit trotz Krise

Trotz Krise dürfen wir nicht kurz-sichtig handeln und die Zukunft außer Acht lassen. Vor allem nicht beim Pensionssystem.

Halbzeit: Vor eineinhalb Jahren habe ich den Bundesvorsitz der Jungen Industrie übernommen. Eine Zeit, die nicht nur durch unerwartete globale Ereignisse geprägt war, sondern auch aufgrund unterschiedlichster nationaler Entwicklungen – von Coronahilfen bis zur Elementarbildung – sehr herausgefordert hat. Auch die nächsten eineinhalb Jahre dürften nicht weniger spannend werden. Und als ob Inflation, Energiekrise oder das weiterhin schlummernde Schreckgespenst Corona nicht schon genug wären, beschäftigt uns nun auch das Pensionssystem. Wieder einmal.

Bei jeder Gelegenheit wird versucht, das Gesetz auszuhebeln und das bereits überlastete Pensionssystem weiter aufzublähen. Aktuell mit dem Versuch, die Teuerung über das Pensionssystem abzufedern. Natürlich braucht es sinnvolle Maßnahmen, um die Inflation im Rahmen zu halten. Das Pensionssystem ist da aber der falsche Lösungsansatz: Es ist weder treffsicher noch langfristig leistbar. Allein die gesetzlich vorgesehene Erhöhung, die auch die jährliche Inflation berücksichtigt (!), steigt 2023 um 5,8% und treibt die Kosten um mehr als drei Milliarden Euro in die Höhe.

Experten zeichnen bereits seit Jahren ein ähnliches Bild: Das kann sich langfristig nicht ausgehen. Statt gezielt dort zu helfen, wo es dringend notwendig ist, soll Geld weiterhin mit der Gießkanne verteilt werden. In einer „Kostes was es wolle“-Spirale gefangen, scheint die Politik jegliches Gespür für Verhältnismäßigkeit verloren zu haben. Es wird laufend mehr ausgegeben als notwendig. Das ist kein Rettungsakt, das gleicht einer Zeitbombe für die nächsten Generationen.

Auch diese Krise rechtfertigt es nicht, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes außer Acht zu lassen. Dafür brauchen wir ein generationengerechtes Pensionssystem, das echte Automatismen – von der jährlichen Anpassung bis zum Antrittsalter – berücksichtigt, oder ein komplett neues System, etwa das beitragsorientierte Pensionsmodell. Und das dringender denn je. Wenn wir während der nächsten eineinhalb Jahren nur einen kleinen Schritt in die richtige Richtung machen könnten, wäre ich schon zufrieden, denn: Hoffnung stirbt bekannterweise zuletzt.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

WELCOME ON BOARD

Willkommen Anna Hilti

Die 34-jährige Anna Hilti übernimmt den Vorstandsvorsitz der Jungen Industrie Vorarlberg. Seit 2018 ist sie in fünfter Generation im Familienbetrieb Hilti & Jehle tätig und in ihrer Position als Geschäftsführerin für den Bereich Vermögensverwaltung und Immobilienentwicklung verantwortlich. Inhaltlich wird sie als neue Vorstandsvorsitzende der JI Vorarlberg vor allem der Ausbau der Elementarpädagogik, die Einführung eines neuen Mentoringprogramms sowie die Attraktivierung des heimischen Standorts für Expats und High Potentials beschäftigen.

Die Junge Industrie heißt Anna Hilti herzlich willkommen: Wir freuen uns sehr auf die gemeinsame Zusammenarbeit. Der bisherigen Vorsitzenden Katharina Rhomberg-Shebl danken wir vielmals für den unermüdlichen und großartigen Einsatz!



IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige Industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Marlena Mayer, Maria Schmidt-Iankova, Lektorat: Barbara Oberrauter-Zabransky. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Nina Mayrberger, des21

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Buchdruckerei Lustenau/Fasching, AdobeStock, IV-Burgenland/AdobeStock, IV-Kärnten, IV-NÖ/AdobeStock, IV-OÖ, IV-Salzburg/wildbild, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol, IV-Vorarlberg, IV-Wien/Franziska Liehl, Andrea Zehetner

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Multiple Herausforderungen

Der Ausbruch des Ukraine-Kriegs zieht dramatische globale Folgen nach sich und bringt auch für die OÖ. Industrie eine Zeitenwende. Welche Auswirkungen sich daraus auf die zwölf von der IV-OÖ definierten „Grand Challenges“ ergeben, wurde in einer Trendstudie zusammengefasst.

Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine wurde die zuvor bestehende Weltordnung schlagartig ins Wanken gebracht. Die Rückkehr des Krieges in Europa hat eine Phase großer Unsicherheit eingeläutet und eine humanitäre Tragödie ausgelöst. Die wirtschaftlichen Verwerfungen sind mannigfaltig; sie betreffen praktisch alle Branchen und sind weltweit spürbar. Am stärksten betroffen ist Europa, das nach der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 sowie der Covid-19-Pandemie der letzten Jahre derzeit den dritten asymmetrischen Schock erlebt. Die IV-OÖ ist daher der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen der Ukraine-Krieg auf die noch vor der Covid-Pandemie in einem umfangreichen, mehrjährigen Prozess definierten zwölf „Grand Challenges“ der OÖ. Industrie entfaltet, und legte eine Trendstudie vor, die auf Basis internationaler Expertenstudien und -prognosen vorrangig auf die mittel- und langfristigen Implikationen eingeht.

Chancen auf qualifizierte Zuwanderung?

Mehr als sieben Millionen Menschen – überwiegend Frauen und Kinder – sind seit Kriegsbeginn im Februar aus der Ukraine geflüchtet, rund 80.000 davon sind derzeit in Österreich registriert. Gleichzeitig ist der Fachkräftemangel in Österreich ungebrochen; er hat sich zu einem umfassenden Arbeitskräftemangel ausgewachsen und wirkt sich hemmend auf die Entwicklung der heimischen Wirtschaft aus. Das Interesse an einer

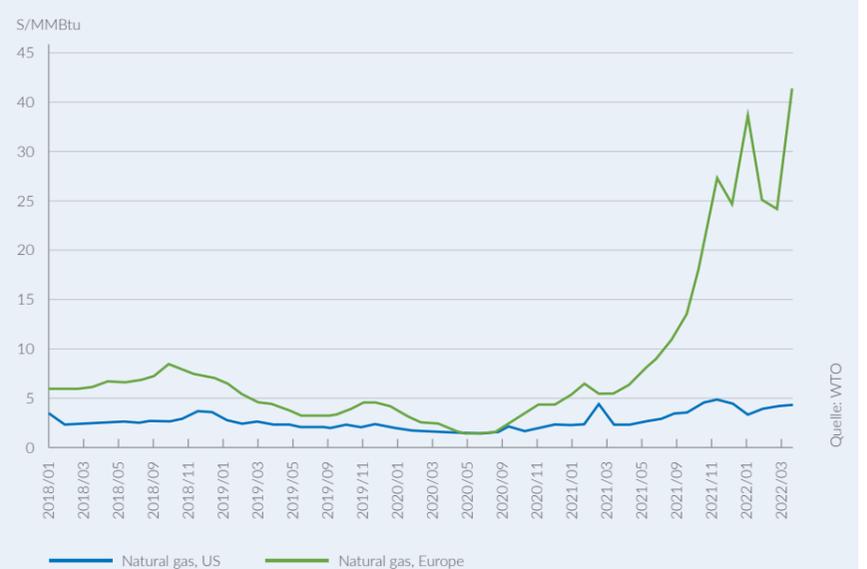
Integration der ukrainischen Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt ist daher groß. Gerade die jüngeren Generationen und vor allem Frauen in der Ukraine zeichnen sich durch ein hohes Bildungsniveau aus. Zusätzlich beschleunigt der Ukraine-Krieg Russlands Brain-Drain hauptsächlich von hoch qualifizierten Fachkräften.

Kernfrage Energieversorgung

Die Invasion der Ukraine hat auch die Abhängigkeit Europas von Russland in der Energieversorgung schmerzhaft zu Tage gebracht. Russland ist der wichtigste Lieferant für Erdgas, Erdöl und Kohle der EU: Rund 45 Prozent der Erdgasimporte, 27 Prozent der Erdölimporte und 46 Prozent der Kohleimporte der Union stammten 2021 aus Russland. Im Fokus der aktuellen Debatten zur Verringerung der Energieabhängigkeit Europas von Russland steht dabei vor allem Erdgas. Die insgesamt aus Russland importierten 155 Mrd. Kubikmeter machten im Jahr 2021 rund 45 Prozent der Gasimporte der EU und fast 40 Prozent ihres gesamten Gasverbrauchs aus. Der Konflikt hat gerade die Erdgasmärkte stark unter Druck gesetzt und die Unsicherheit auf einem bereits angespannten Markt erhöht.

Die Auswirkungen sind enorm: Die Preise für das in Europa gehandelte Erdgas sind auf ein bisher unerreichtes Niveau gestiegen. Mit ihnen schnellen aber aufgrund des Merit-Order-Prinzips auch die Strompreise nach oben – mit einer Vielzahl von Folgewirkungen, die beinahe täglich in den Medien verfolgt werden können. Insgesamt zeigt

Erdgaspreis



sich daraus, dass die umfassende Transformation des europäischen Energiesystems nie dringlicher war als jetzt, um die Abhängigkeit von russischem Gas zu verringern und verstärkt grüne Energie zu erzeugen.

Dazu kommt, dass Europa neben der Energieversorgung in hohem Maße auch von anderen Rohstoffimporten aus Russland abhängig ist. Viele davon sind von enormer Bedeutung für die ökologische und digitale Transformation, wie etwa Kobalt, Vanadium, Nickel oder Palladium. Doch auch die Ukraine ist ein wichtiger Rohstofflieferant für die europäische Industrie, etwa bei Neogas.

„Insgesamt hat der Ukraine-Krieg nicht nur die Kosten für Energie und damit die industrielle Produktion massiv verteuert, sondern auch die Versorgung mit anderen kritischen Rohstoffen massiv gefährdet“, erklärt IV-OÖ-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch.

Perfekter „Inflationssturm“

Mit Lieferengpässen und steigenden Energie- und Rohstoffpreisen, Lockdowns in China und zuletzt dem Ukraine-Schock hat sich binnen kurzer Zeit ein „perfekter Inflationssturm“ zusammengebraut, der zu einem massiven Aufwärtsschock der Teuerungsraten geführt hat. Bereits im April 2022

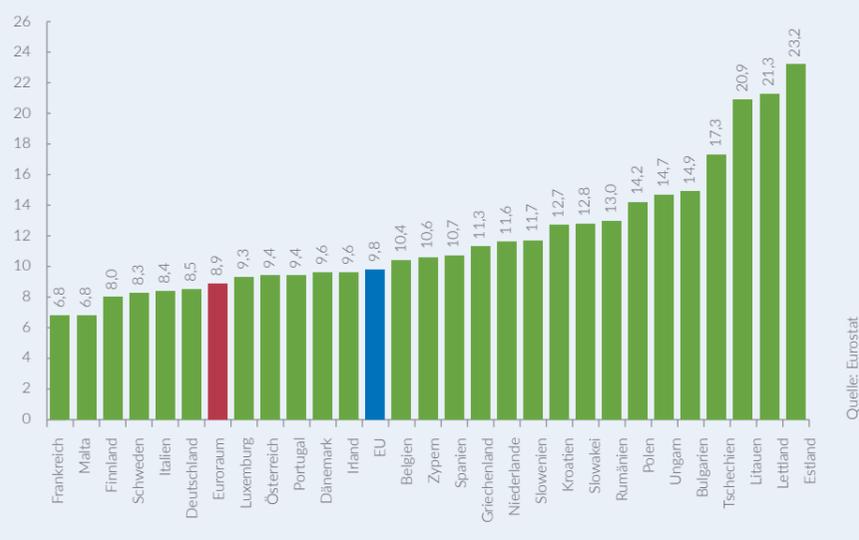
erreichte die jährliche Inflationsrate in der EU 8,1 Prozent und im Euroraum 7,4 Prozent – ein Jahr zuvor lag sie bei 2,0 Prozent. Die Zwei-Prozent-Marke ist jener der Zielwert, den die EZB für die Inflation ansetzt – die aktuelle Inflationsrate ist mehr als viermal so hoch. Maßgeblicher Treiber des Inflationsschocks sind die zuletzt sprunghaft angestiegenen Energiekosten.

Die Zentralbanken stehen vor dem Dilemma, einerseits die Inflation eindämmen und die Geldpreisstabilität sicherstellen zu müssen, auf der anderen Seite können Erhöhungen der Leitzinsen ein Abwürgen des wirtschaftlichen Aufschwungs nach der Covid-Pandemie bewirken. Grundsätzlich bedeutet ein höherer Leitzins, dass es für Banken teurer ist, neues Zentralbankgeld abzurufen. Sie tun das also tendenziell weniger, das Angebot an Geld sinkt und Kreditzinsen werden teurer – auch für Unternehmen, was wiederum Investitionsvorhaben bremsen kann.

Bereits im Mai hat der Euro gegenüber dem US-Dollar deutlich abgewertet und den bis dahin niedrigsten Stand gegenüber dem US-Dollar seit Jänner 2017 ausgewiesen. Mitte Juli wurde schließlich die Euro-Dollar-Parität erreicht. Ein im Vergleich „günstiger“ Euro verbilligt zwar grundsätzlich die europäischen Exporte, allerdings müssen Unternehmen, die Waren und Rohstoffe auf US-Dollar-Basis kaufen, höhere Kosten tragen.

Der Ukraine-Krieg stellt auch die Resilienz des internationalen Finanzsystems auf die Probe: Ein weiterer Anstieg der Inflation, die verschärfte Problematik globaler Wertschöpfungsketten sowie zusätzliche Ausgaben zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs erhöhen den Druck auf die Staatsausgaben, hauptsächlich in den europäischen Staaten.

Jährliche Inflationsraten (%) im Juli 2022



Der Euro seit seiner Einführung 2002



Im Auge des Taifun

Die globalen Verwerfungen machen langfristige Prognosen unmöglich. Fest steht, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts in den Mittelpunkt gerückt werden muss.

Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 ist der Krieg nach Europa zurückgekehrt und hat mit einem Schlag die bis dahin bestehende Weltordnung ins Wanken gebracht. Und dies in einer Zeit, in der die durch die Covid-19-Pandemie verursachten globalen sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen noch anhalten. Mit Corona-Lockdowns, Ukraine-Krieg, Gaskrise und Inflationssorgen wird dieses Jahrzehnt bisher von multiplen Herausforderungen geprägt, die sich keiner von uns in dieser Kombination und Dichte selbst in den negativsten Szenarien noch vor wenigen Jahren hätte vorstellen können. Trotzdem zeigt sich, dass die von der IV-OÖ 2019 in einem umfangreichen Prozess definierten zwölf „Grand Challenges für die OÖ. Industrie 2020–2030“ mehr denn je gültig sind. Manche Themen wie die Energie- und Rohstoffversorgung oder die Zukunft Europas haben sogar noch an Bedeutung gewonnen.

Die massiven globalen Verwerfungen haben Prognosen über die weitere Entwicklung in den nächsten Jahren unmöglich gemacht. Klar ist, dass die Folgen für Politik und Gesellschaft umfassend sein werden. Fest steht auch, dass nicht alle führenden Wirtschaftsregionen der Welt gleich betroffen sind – Europa befindet sich aber jedenfalls im Auge des Taifuns. Daher muss das Thema der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts in den Mittelpunkt der politischen Aufmerksamkeit auf europäischer und österreichischer Ebene rücken.

Eine zentrale Stellschraube, um den Industriestandort Österreich international wettbewerbsfähig zu halten, findet sich in der Verfügbarkeit und Leistungswilligkeit von qualifizierten Arbeitskräften. Es braucht viel stärkere steuerpolitische Anreize, damit sich Leistung wieder lohnt in unserem Land. Unseren Wohlstand erhalten und bauen wir nicht mit „Work-Life-Balance“ aus, sondern nur mit Engagement und freiwilliger Mehrleistung. Deswegen gilt es, alle Potenziale am Arbeitsmarkt – von den Jungen über Frauen bis zu den Pensionisten – durch Anreize, die sich deutlich in der Geldbörse der Menschen auswirken, zu heben. Die IV wird dazu der Politik zeitnah ein Maßnahmenpaket vorlegen.

Ihr
Stefan Pierer,
Präsident der IV-Oberösterreich

Top-10-Schlussfolgerungen für die OÖ. Industrie

Fachkräftemangel und qualifizierte Zuwanderung, MINT-Nachwuchs, Digitalisierung und neue Technologien

Das Potenzial für die Zuwanderung hoch qualifizierter MINT-Fachkräfte aus der Ukraine und aus Russland sollte durch gezielte Maßnahmen erschlossen werden, etwa durch Stipendien für Studierende, akademische Fachkräfte und Wissenschaftler, Welcome Service und eine Kooperation mit Work in Austria der Austrian Business Agency.

Der digitale Wandel wird durch den Ukraine-Krieg weiter beschleunigt und zielt auf die Optimierung von Produktions- und Geschäftsprozessen sowie die Senkung von Produktionskosten durch den Einsatz digitaler Technologien ab.

Energie- und Rohstoffversorgung, Klima- und Umweltschutz, Zukunft der Mobilität und des Transports

Energiekosten werden auch künftig auf hohem Niveau bleiben, die Unabhängigkeit von russischem Gas und Öl ist mit höheren Kosten verbunden. Russland ist aber auch bei anderen kritischen Rohstoffen, die insbesondere für die Green

Transition der Wirtschaft benötigt werden, einer der weltweit wichtigsten Exporteure. Auch hier müssen neue Bezugsquellen erschlossen werden, der Wettlauf um Rohstoffe wird sich verschärfen.

Unternehmen, die grüne Technologien entwickeln oder Produkte damit herstellen, werden in Zukunft einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil besitzen.

Der Ukraine-Krieg beeinträchtigt die Logistikbranche aufgrund der gestiegenen Transportkosten über alle Verkehrsträger hinweg.

Die Zukunft Europas, geopolitische Machtverhältnisse und freier Handel, gesellschaftliche Herausforderungen

Die EU geht Themen wie den Umbau des Energiesystems und die Dekarbonisierung der Wirtschaft infolge des Kriegs schneller und umfassender an – mit entsprechenden Auswirkungen auf Unternehmen.

Experten warnen vor einer Fragmentierung der Weltwirtschaft in geopolitische Blöcke und einer damit einhergehenden Deglobalisierung. Es wird wohl zu weitreichenden Umgestaltungen im

Welthandel kommen; Unternehmen werden ihre Wertschöpfungsketten restrukturieren, hin zu mehr Diversifizierung, Sicherheit und Regionalisierung.

Der Inflationsschock führt zu Wohlstandsverlusten in der gesamten Volkswirtschaft. Der massive Anstieg der Lebensmittelpreise kann in Entwicklungsländern zu humanitären Katastrophen, politischen Unruhen und infolgedessen zu neuen Flüchtlingswellen nach Europa führen.

Good Governance, Cyber Security, Internationale Finanzierungs- und Kapitalmärkte

Der Euro hat gegenüber dem US-Dollar erheblich abgewertet. Das vergünstigt zwar Exporte aus dem Euroraum, macht Importe aber teurer – vor allem Energieimporte, die in der Regel in US-Dollar denominated sind.

Das geringere Wirtschaftswachstum wirkt sich auf Konsum- und Investitionsneigung der Privatbevölkerung sowie der Wirtschaft aus, weshalb sich die bislang starke Post-Covid-Dynamik in Österreich abschwächen wird.



Ohne Gas keine Produktion

Die Gaskrise hängt wie ein Damoklesschwert über den Betrieben der OÖ. Industrie. Der Gasbedarf ist enorm, die Kostensteigerungen sind immens und die Umstiegsmöglichkeiten stark eingeschränkt – ein Stillstand hätte massive Folgen für die Grundversorgung der Bevölkerung.

Die Versorgung mit Gas ist für die heimische Industrie eine zentrale Standortfrage und hat entscheidende Auswirkungen auf die gesamte Bevölkerung in unserem Land. Die IV-OÖ führte aus diesem Grund im Sommer eine Blitzumfrage in der OÖ. Industrie durch, bei der neben Gasbedarf und Kostenanstieg auch die Möglichkeit eines Umstiegs auf andere Energieträger ermittelt wurde. Dabei meldeten insgesamt 60 Betriebe, die Gas im Produktionsprozess und zu Heizungszwecken einsetzen, einen Gesamtgasverbrauch von knapp 15.000 Gigawattstunden (GWh) Jahresverbrauch zurück. Mehr als 90 Prozent der Gasmenge entfällt dabei auf wenige, besonders energieintensive Betriebe aus Metallindustrie, Chemieindustrie, Papierindustrie sowie Nahrungsmittel- und Bauindustrie. Zusätzlich zu energieintensiven Industrien kommt eine breite Palette an Betrieben aus unterschiedlichsten Branchen jeweils auf einen jährlichen Gasverbrauch von fünf bis 40 GWh, was im Durchschnitt dem Gasverbrauch von 1.000 Haushalten entspricht.

Sehr breit gestreut ist demnach die aktuelle Betroffenheit von den stark gestiegenen Gaspreisen. „Während einige Betriebe in diesem Jahr aufgrund langfristiger Verträge und Preisabsicherungen noch mehr oder weniger unveränderte Gaskosten vorfinden, schlagen bei vielen Unternehmen Kostensteigerungen von 200 bis 500 Prozent und darüber bereits voll durch“, erklärt IV-OÖ-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch.

Gas nicht überall ersetzbar

Eine zumindest teilweise Umstellung auf andere Energieträger ist kurzfristig nicht möglich. In sechs bis zwölf Monaten könnte theoretisch ein gewisser Teil des Gasverbrauchs – im Schnitt zwischen 30 und 70 Prozent – bei sechs von zehn Firmen ersetzt werden. Produktionstechnische Gründen, fehlende Infrastruktur oder auch die eingeschränkte Verfügbarkeit von alternativen Brennstoffen in ausreichender Menge machen dies jedoch vor allem für Großverbraucher schwierig. „Am einfachsten ist jenes Gas ersetzbar, welches zu Heizzwecken eingesetzt wird“, interpretiert Haindl-Grutsch die Ergebnisse der Blitzumfrage. Am häufigsten würden Heizöl und elektrischer Strom als Alternativen genannt, weitere Umstiegsmöglichkeiten würden bei Biomasse und Biogas, Flüssiggas, Wärmepumpen oder dem Zugang zu Fernwärme gesehen. „Damit verbunden sind jedoch hohe Umstellungskosten und erhöhte Emissionen“, so der IV-OÖ-Geschäftsführer. Voraussetzung sei eine behördliche Genehmigung: „Zusätzlich stellt die lange Zeitdauer der Umrüstungen ein eminentes Problem dar.“

Eingeschränkter Teilbetrieb möglich

Sollte es kommenden Winter aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit von Gas zu Produktionseinschränkungen kommen müssen, ist laut Umfrage bei zwei Dritteln aller Betriebe nach einigen Wochen Vorlaufzeit zumindest ein eingeschränkter Teilbetrieb möglich. In diesem Fall wären eine Produktportfolio- und Mengenanpassung zwingend erforderlich. Ein kompletter Stillstand würde jedoch viele Anlagen gefährden und hätte

massive Folgen. Durch Abschaltung von Rauchgasreinigungsanlagen könnten deutliche Einsparungen erzielt werden, die jedoch mit wesentlich höheren Emissionen verbunden wären. „Völlig unklar ist, ob aufgrund der hoch wahrscheinlichen Risse in den Lieferketten trotz Gasverfügbarkeit überhaupt noch produziert werden könnte“, betont Haindl-Grutsch.

Den weitreichenden Auswirkungen steht entgegen, dass die eigenständige Einspeicherung von Gasmengen nur einem kleinen Teil der Betriebe möglich ist: Lediglich fünf Prozent der befragten Unternehmen speichern aktuell selber Gas ein, weitere 17 Prozent prüfen die Option. Für drei Viertel der Betriebe besteht gar keine Möglichkeit der Eigenvorsorge.

Stillstand brächte sozialen Notstand

Besonders ernst zu nehmen ist von der Politik die Tatsache, dass 50 Prozent der Betriebe unabhängig von der jeweiligen Höhe des Gasbedarfs Teil der Wertschöpfungskette zur Grundversorgung der Bevölkerung sind. „Ein Ausfall würde die Nahrungsmittelproduktion und -verpackung, die Landwirtschaft, die Energieversorgung inklusive der Fernwärmeerzeugung, den öffentlichen Verkehr, die Müllentsorgung und Tierkörperverwertung, die Medikamentenproduktion und -logistik sowie die Medizintechnik, die Instandhaltung von zentralen Großanlagen wie Raffinerien, Chemieanlagen und Kraftwerken und Leitungsnetzen und auch den Bau massiv einschränken. Ein sozialer Notstand wäre die unmittelbare Folge“, betont Haindl-Grutsch abschließend.



„Ein Zurückfahren von Produktionsprozessen oder das Aussetzen der Herstellung von Produkten würde zu vielfältigen Rissen in den Lieferketten führen!“

Joachim Haindl-Grutsch,
 IV-OÖ-Geschäftsführer